

2. November 2017

Pressemitteilung

Offener Brief an die Landesregierung - Asylsuchende nicht über längere Zeit in Erstaufnahmeeinrichtungen unterbringen

Am 2. November schickte die Initiative PRO BLEIBERECHT in Mecklenburg-Vorpommern einen Offenen Brief an Vertreter*innen der demokratisch orientierten Parteien der *Landespolitik*. In diesem Brief fordern ehrenamtliche Unterstützer*innen, Geflüchtete so kurz wie möglich in den Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes unterzubringen.

„Was uns neu angekommene Asylsuchende aus den Erstaufnahmeeinrichtungen erzählen, heißt für uns ganz klar: So schnell wie möglich raus dort!“, so Rena Sakowski von PRO BLEIBERECHT.

„Massenunterbringung ist nie gut. Sie verhindert, dass Menschen Anknüpfungspunkte an die neue Gesellschaft finden. Sie verursacht Stress und ist für alle, die das erleben mussten, eine pure Zumutung.“

PRO ASYL hatte die Vorlage für den Offenen Brief geliefert. Anlass war die Gesetzesänderung von Ende Juli 2017. Seitdem dürfen die Landesregierungen entscheiden, ob sie Asylsuchende bis zu zwei Jahre in einer Erstaufnahmestelle unterbringen. In Mecklenburg-Vorpommern liegen diese Aufnahmeeinrichtungen in Horst bei Boizenburg und in Stern Buchholz bei Schwerin.